

Magistratsvorlage

Wissenschaftsstadt
Darmstadt



Eingang Magistrats- geschäftsstelle: 30.03.2017	an den Magistrat ☐ zur Kenntnis ☒ zur Beschlussfassung	Beteiligt vor Magistratsbeschlussfassung:
Dezernat I Amt: Flüchtlingsbeauftragte	an die Stadtverordnetenversammlung ☐ OBW zur Befassung ☐ zur Kenntnis ☐ zur Beschlussfassung ☐ zur abschließenden Beschluss- fassung Fachausschuss Behandlung in Ja Nein öffentl. Sitzung ☐ ☐	Amt für Interkulturelles und Internationales Dezernat IV ☐ OBW bei abschl. Beschlussfassung Magistrat
Verteiler:	Ja Nein Internetfähig ☒ ☐	Vorlage-Nr. 2017/0097 Magistratsbeschluss-Nr.
Produkt-Nr.: 111700 Kostenstelle: 714-001-1001 Kostenträger: 1117-14 Investitionsnummer: Sachkonto: 6779000		

Betreff: Die Wissenschaftsstadt Darmstadt beteiligt sich an der gemeinsamen Beantragung einer EU-Zuwendung aus dem Asyl-, Migrations- und Integrationsfonds (AMIF) zum Förderkriterium "Integration von Drittstaatenangehörigen".

Vorlage vom: 20.03.2017

Beschlussvorschlag:

Der Magistrat beschließt, dass sich die Wissenschaftsstadt Darmstadt an der gemeinsamen Beantragung einer EU-Zuwendung aus dem Asyl-, Migrations- und Integrationsfonds (AMIF) zum Förderkriterium "Integration von Drittstaatenangehörigen" (AMIF-2016-AG-INTE-01) beteiligt. In diesem Rahmen schließt sie sich einem Netzwerk europäischer Kommunen an, das sich für eine erfolgreiche Integrationspolitik und ein offenes Europa einsetzt.

Anlagen: Konzept zur gemeinsamen Beantragung einer EU-Zuwendung aus dem Asyl-, Migrations- und Integrationsfonds (AMIF)

Datenschutzrelevante Anlage: ☐

Folgekosten: ☐ Ja ☒ Nein

Beschluss des Magistrats vom

Begründung zur Magistratsvorlage vom 20.03.2017

Die Wissenschaftsstadt Darmstadt zeichnet sich durch ihre Internationalität und Weltoffenheit aus. Bürgerinnen und Bürger aus über 140 Nationen leben und arbeiten in Darmstadt, hinzukommen 37,9% Personen mit Migrationshintergrund. Vielfalt bereichert unsere Stadtgesellschaft, sie ist eine wichtige Ressource und Chance für die Zukunft. Sie birgt aber auch Herausforderungen, das zeigt besonders die Aufnahme und Integration von Geflüchteten in den letzten zwei Jahren. Kommunen kommt dabei eine besondere Bedeutung zu, denn Integration kann nur vor Ort stattfinden und muss dort gestaltet werden. Dies erfolgt in einer Vielzahl von Handlungsfeldern: Unterbringung, Sprache und Bildung, Information, Engagement und Beteiligung der Bevölkerung gehören ebenso dazu wie die Schaffung von Zugängen zum Arbeits- und Ausbildungsmarkt und die Prävention von Fremdenfeindlichkeit und gesellschaftlicher Polarisierung.

Die nachhaltige Integration von Geflüchteten in die Gesellschaft ist ein langfristiger Prozess und eine lokale Gemeinschaftsaufgabe, die gute Kooperationsbeziehungen in der Kommune und die Information und Einbindung der Bevölkerung erfordert. Gleichberechtigte Kooperationsbeziehungen zwischen Politik, Verwaltung, der Wirtschaft und der engagierten Bürgerschaft bündeln zudem Ressourcen und bergen ein großes Potenzial zur Gestaltung einer erfolgreichen und nachhaltigen Integration.

Das Netzwerk europäischer Kommunen, das durch dieses Gemeinschaftsprojekt initiiert werden soll, möchte dazu einen Beitrag leisten und sich für eine erfolgreiche Integrationspolitik und ein offenes Europa einsetzen.

Multi-Stakeholder-Ansatz

Das Besondere an dem gemeinsamen Projektantrag liegt in dem Multi-Stakeholder-Ansatz (Trialog-Methode), die in den Kommunen bei der Umsetzung des Projekts zur Anwendung kommen soll. Die nachhaltige Integration geflüchteter Menschen wird als eine gemeinsame Entwicklung definiert, zu der Politik, Wirtschaft und Zivilgesellschaft gleichermaßen beitragen. Dadurch werden demokratische Prozesse und eine funktionierende politisch-gesellschaftliche Einheit gefördert.

Die Kooperation unterschiedlicher Akteure der Gesellschaft schafft durch einen argumentativen Austausch Verständigungsprozesse zugunsten nachhaltiger Politik, Transparenz und demokratischer Partizipation.

Lokaler Kontext Darmstadt

Durch die Beteiligung am Netzwerk europäischer Kommunen und an dem gemeinsamen Projektantrag werden Ressourcen aus Politik, Wirtschaft und Zivilgesellschaft gebündelt, um Herausforderungen bei der Integration Geflüchteter in Darmstadt gemeinsam anzugehen. In diesem Zusammenhang wird insbesondere berücksichtigt, dass es neben vielen Menschen, die sich in Darmstadt für das friedliche und konstruktive Miteinander engagieren, auch Menschen gibt, die Migrantinnen und Migranten und Geflüchteten mit Vorbehalten, Ablehnung und rassistischem Verhalten begegnen. Zugleich bestehen nach wie vor viele Barrieren im Hinblick auf die gleichberechtigte Teilhabe von Zugewanderten in den Bereichen des gesellschaftlichen und wirtschaftlichen Lebens. Diese gesellschaftliche Realität macht es erforderlich, permanent für Weltoffenheit, Gleichberechtigung und Integration von Zugewanderten einzutreten und jeglicher Art von Ausgrenzung und Diskriminierung entschieden entgegenzutreten. Darüber hinaus ist es unabdingbar, Zugänge in die gesellschaftlichen Teilbereiche, insbesondere den Arbeitsmarkt, zu ebnen und besser zu gestalten.

Die Beteiligung am gemeinsamen Projektantrag der Humboldt-Viadrina Governance Platform (HGVP) sowie am Netzwerk europäischer Kommunen zielt genau darauf ab und ist daher eine sinnvolle weitere Maßnahme im Rahmen der bisherigen Bemühungen für ein weltoffenes Darmstadt und eine nachhaltige Integration von Geflüchteten in unsere Gesellschaft.

Kosten

Die Gebühr für die Teilnahme am Projekt liegt bei 2.000 EUR pro Kommune.

Die Gesamtkosten des Projekts in Darmstadt belaufen sich auf 68.000 EUR.

Darmstadt, 22.03.2017
714

Dezernat I

Dezernat IV

Jochen Partsch
Oberbürgermeister

André Schellenberg
Stadtkämmerer